



**WAHLPROGRAMM**

**FÜR DIE**

**KOMMUNALWAHL**

**2014**

## Vorwort

Das vorliegende Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2014 formuliert teilweise sehr ehrgeizige Ziele, die sicher nicht alle in einer Legislatur zu erreichen sind. Außerdem haben wir hier auch Forderungen aufgestellt, deren Umsetzung ohne die Mitwirkung höherer Entscheidungsgremien allein auf kommunaler Ebene schwer möglich ist. Wir haben sie aber in unser Wahlprogramm aufgenommen, um aufzuzeigen, wofür wir Grüne in der Umwelt-, Bildungs- und Sozialpolitik stehen und wofür wir uns, auch als Kreisverband, über alle Ebenen einsetzen.

Wir stehen für eine nachhaltige, ökologische, gerechte und soziale Politik. Dafür mischen wir uns ein. Wir mischen uns ein für eine lebenswerte Gesellschaft, jetzt und in der Zukunft. Unsere Partei hat ihre Wurzeln in der Bürgerbewegung und sieht in der Stärkung basisdemokratischer Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger in der Kommune einen unverzichtbaren Grundstein unseres demokratischen Gemeinwesens. Demokratie lebt von Teilhabe. Diese sicherzustellen ist Aufgabe der grünen Politik.

## Hier gestalten GRÜNE Politik für den Rhein-Lahn-Kreis

Der Rhein-Lahn-Kreis ist ein ländlich geprägter Landkreis. Seine landschaftlich reizvolle Lage und seine reiche Vielfalt an historischen Kulturdenkmälern machen ihn zu einer touristisch bedeutsamen Region mit hohem Erholungs- und Freizeitwert. Grüne Politik setzt sich konsequent für den Erhalt unserer Umwelt ein und sichert damit sichert eine der wichtigsten wirtschaftlichen Grundlagen unserer Region.

Wir setzen uns dafür ein, die Region für junge Familien mit Kindern attraktiv zu machen und den Menschen im Alter ein eigenständiges Leben auch fernab der Zentren zu ermöglichen. Dazu gehören ein gutes wohnortnahes Bildungsangebot, ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, gute ärztliche Versorgung und die Möglichkeit wohnortnah einkaufen zu können, sowie ein komfortables und attraktives Mobilitätsangebot des öffentlichen Personennahverkehrs.

Klimaschutz beginnt vor Ort. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wollen, dass die Kommunen hier zu Vorbildern für Ihre Bürgerinnen und Bürger werden.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen hängen maßgeblich von ihren finanziellen Ressourcen ab. Auf lokaler Ebene fordern und unterstützen wir eine mutige Kommunal- und Verwaltungsreform, die

unseren Landkreis zukunftsfähiger macht. Dabei ist uns die frühzeitige und transparente Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wichtig.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ist die Partei, die das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundprinzip politischen Handelns auf allen Feldern fest im Programm verankert hat. Unser Ziel ist es, immer mehr Gemeinden von fossilen Brennstoffen unabhängig zu machen und zu Null-Emissionsgemeinden zu machen. Grüne Politik bedeutet auch Landschaft, Boden, sauberes Wasser und saubere Luft für zukünftige Generationen zu erhalten.

Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Zugang zur Bildung ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Bildung ist Bürgerrecht. Unser Ziel ist es, die Fähigkeiten jedes Menschen bestmöglich zu fördern.

Wir stehen für eine sozial gerechte Politik und wir setzen uns für das Recht jedes Menschen auf gesellschaftliche Teilhabe ein.

## **Hier neue Energie schöpfen Klimaschutz und Energiewende vor Ort**

Wir GRÜNE sind Vorreiter für Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. In den Kommunen muss der Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrgenommen und umgesetzt werden. Gerade im ländlichen Raum bietet sich die große Chance, mit eigener Energiegewinnung und durch Energie-Einsparmaßnahmen Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu halten. Sonne und Wind stehen unbegrenzt zur Verfügung, wir müssen sie nur nutzen.

Investitionen in den Klimaschutz bringen Rendite. Bessere Wärmedämmung und moderne Heizungsanlagen in Schulen und öffentlichen Gebäuden zahlen sich langfristig aus und entlasten die Haushalte von wiederkehrenden Ausgaben. Außerdem sichern und schaffen solche Maßnahmen Arbeitsplätze vor Ort. Die Kommune, die im Klimaschutz vorangeht, ist ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Vorbild.

### **Regionales Konzept zum Klimaschutz und Energie für den Rhein-Lahn-Kreis**

DIE GRÜNEN fordern ein regionales Konzept zu Klimaschutz und Energie. Dazu sind vorab Erhebungen über den Energieverbrauch und die Energiegewinnung durchzuführen, damit eine erfolgreiche Strategie entwickelt werden kann. Der Energieverbrauch muss drastisch gesenkt, die Energiegewinnung auf klimaschonende Weise erfolgen.

## **Energieversorgung dezentral gestalten**

Die Kommunen sollten die Energiewende als Chance betrachten, die Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen und sich von den vier großen marktbeherrschenden Monopolisten des Energiemarktes unabhängiger zu machen. Eine dezentrale Energieversorgung senkt die Stromkosten für die Privathaushalte und Unternehmen im Rhein-Lahn-Kreis deutlich. Deshalb unterstützen wir die Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken sowie den Rückkauf der Stromnetze durch diese. Wir wollen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende stärken und sie an den Vorteilen der Energiewende beteiligen. Deshalb unterstützen wir die Gründung von Energiegenossenschaften.

## **Klimafreundlich Bauen**

Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche Potentiale zu langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Der Austausch von Heizungsanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger, gekoppelt mit Nahwärmenetze, muss erheblich beschleunigt werden.

## **Das Hier und Jetzt schützen Umwelt- und Naturschutz erhält die Lebensqualität**

Die nachhaltige Nutzung unserer Lebensgrundlagen erhält die Lebensqualität und sichert sie für nachfolgende Generationen. Die Erhaltung von naturnahen Landschaften, naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, klare Gewässer und saubere Luft und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs sind die Grundlagen für Wohn- und Lebensqualität und für den Rhein-Lahn-Kreis als Fremdenverkehrsregion eine notwendige Voraussetzung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die Kommune entscheidet über die Flächennutzung. Wir Grüne stehen dafür, dass bei der Bebauung ökologische und das Klima schonende Kriterien Vorrang haben. Wir setzen uns für eine behutsame Dorf- und Stadtentwicklung ein, die die Orts- und Stadtkernerneuerung vor die Bebauung im Außenbereich stellt. Wir sehen die Entwicklung der Region in der Gesamtheit und wenden uns daher gegen die

Ausweisung von Gewerbe- und Baugebieten in Konkurrenz zu benachbarten Städten und Gemeinden. Im Bereich der Flächenutzung ist eine Kooperation der Gemeinden für eine nachhaltige Entwicklung zum Nutzen aller in der Region für uns von maßgeblicher Bedeutung.

## **Von Hier nach Da Mobilität im ländlichen Raum**

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung zur Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. DIE GRÜNEN stehen für eine Verkehrspolitik, die es allen Menschen in Stadt und Land ermöglicht, auch ohne Auto mobil zu sein. Für uns haben die umweltverträglichen Verkehrsmittel Fahrrad, Bahn, Bus und Fähre Vorrang.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

DIE GRÜNEN wollen den liniengebundenen ÖPNV verbessern und seine Attraktivität steigern, indem wir für einen koordinierten Fahrplan mit einfachen Tarifen plädieren, der Bus und Bahn umfasst (integraler Taktfahrplan).

In Zeiten geringer Nachfrage oder in dünn besiedelten Räumen ist die Versorgung mit liniengebundenen Verkehrsmitteln wirtschaftlich nicht sicherzustellen. Gleichzeitig wächst mit dem demografischen Wandel der Bedarf an flexibleren Nahverkehrsangeboten.

Unser Ziel ist es, den herkömmlichen Linienverkehr durch effizientere bedarfsgesteuerte Nahverkehrsangebote wie beispielsweise Rufbusse oder Anrufsammeltaxen zu ergänzen. Wegen ihrer flexiblen auf den Bedarf abgestimmten Einsatzmöglichkeit sind sie eine ökologisch sinnvolle, notwendige und finanzierbare Ergänzung des Linienverkehrs in Zeiten schwacher Nachfrage oder in entlegenen ländlichen Regionen. Sie können zu Fahrten von „Tür zu Tür“ eingesetzt werden und bieten damit insbesondere bei der Mobilität von Jugendlichen mehr Sicherheit, steigern die Unabhängigkeit von Senioren sowie kranker Menschen, die sie für Fahrten zu Arztpraxen, Apotheken oder zum Einkaufen nutzen und stellen damit eine echte Alternative zum Auto dar.

Insgesamt steigern solche bedarfsgesteuerten Mobilitätsangebote gerade für ältere Menschen und Familien mit Kindern den Wohnwert des ländlichen Raums und verhindern die Abwanderung in Regionen mit besserer öffentlicher Verkehrsinfrastruktur.

Bei der Verbesserung des ÖPNV legen wir auf barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel besonderen Wert.

## **Mobilitäts- und Radwegekonzepte**

Gerade im ländlichen Raum kommt es besonders auf die gute Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger an. Deshalb fordern wir ein Mobilitätskonzept, das die Teilbereiche Fußgänger- und Radwege, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und motorisierter Individualverkehr (MIV) in einem ausgewogen Verhältnis berücksichtigt.

### **Radwege verbessern und ausbauen**

Wir wollen den täglichen Gebrauch des Fahrrades als Alternative zum PKW fördern. Unser Ziel ist es, den Zustand der bestehenden Radwege zu verbessern und das Radwegenetz insgesamt umfangreich zu erweitern, um die alltägliche Nutzung des Fahrrades sicherer und komfortabler zu machen.

Die Benachteiligung der Radfahrer im Stadtverkehr muss beendet und deren Sicherheit gewährleistet werden.

Wir fordern den Lückenschluss des Radweges auf der rechten Rheinseite. Bei der Vervollständigung des Lahntal-Radwanderweges zwischen Laurenburg und Geilnau setzen wir uns für eine umweltverträgliche Lösung ein. Die Belange des Natur- und Artenschutzes müssen berücksichtigt werden

### **Pro Rheinfähren - Contra Rheinquerung – für eine nachhaltige Mobilität und den Erhalt einer einzigartigen Kulturlandschaft**

Wir wenden uns entschieden gegen den Bau einer festen Rheinquerung. Sie führte, ob als Brücke oder als Tunnel, zu steigender Umwelt- und Lärmbelastung sowie zum Erliegen des Fährbetriebs. Verschiedene Machbarkeitsstudien haben gezeigt, dass vor allem der Transitfernverkehr auf der Ost-West-Linie von einer festen Rheinquerung profitieren würde. Die anliegenden Orte müssten eine deutlich höhere Verkehrsbelastung in Kauf nehmen, ohne dafür den erhofften Nutzen vor Ort zu erhalten.

Die Rheinfähren sind Teil der touristischen Attraktivität des Mittelrheintals. Sie sorgen darüber hinaus für die Verteilung des Querungsverkehrs, der sich beim Wegfall der Fähren an einer Stelle konzentrieren würde. Zudem würde den Radfahrern dann auch die Möglichkeit zum Wechsel auf das andere Rheinufer fehlen.

Wir sehen allerdings auch, dass der Fluss für die dort lebenden Menschen eine Barriere darstellt, die ihre Mobilität einschränkt. Darum setzen wir uns entschieden für den Ausbau des Fährbetriebs auf 24 Stunden und Fahrpreissenkungen ein.

## **Straßenbau - Sanierung vor Aus- und Neubau**

Für DIE GRÜNEN hat die Sanierung Vorrang vor der Erweiterung oder dem Ausbau des kommunalen Straßennetzes. Vor dem Bau von Ortsumgehungen sind zunächst alle Möglichkeiten zur Verkehrsvermeidung, beispielsweise Nachtfahrverbote für den Schwerlastverkehr, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene oder den Ausbau des ÖPNV, auszuschöpfen. Wir sind gegen den Bau der Ortsumgehung in Flacht und Niederneisen. Dort wo Ortsumgehungen unumgänglich sind, wie in Braubach, setzen wir uns für umweltverträgliche Lösungen ein. Im innerstädtischen Raum unterstützen wir die Ausweitung der ‚Tempo 30 Zonen‘

## **Lärmschutz ist gelebter Umweltschutz**

Lärm ist eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den Industrieländern da. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe in den Kommunen entwickelt und muss als Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Wir Grüne wollen den Schutz vor Lärm nicht nur bei der Verkehrsplanung sondern auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern.

Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen für eine Verringerung der Lärmbelastung durch den Schienenverkehr im Mittelrheintal ein.

## **Digitale Infrastruktur**

Eine flächendeckende schnelle und kabelgebundene Breitbandversorgung ist für den ländlichen Raum bedeutsam. Die Förderung und Koordinierung des Breitbandausbaus durch den Kreis unterstützen wir und setzen uns für die schnelle kreisweite Umsetzung ein.

## **Hier spielt das Leben Für gerechte Bildung und Chancengleichheit**

Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gute Bildung eröffnet gerade jungen Menschen eine Vielfalt von Möglichkeiten und Perspektiven, fördert ihr Selbstwertgefühl und ihre Eigenständigkeit. Bildung hat auch emanzipatorische Funktion und ist damit für den Bestand eines demokratisch organisierten Gemeinwesens von existentieller Bedeutung. Nach wie vor entscheidet aber vor allem die soziale Herkunft über den Bildungserfolg.

Wir GRÜNE wollen allen Menschen den Zugang zu bester Bildung ermöglichen. Wir bekennen uns zu einer Gesellschaft, die auf Freiheit und gleichen Rechten aufbaut und wollen dafür sorgen, dass die Förderung von Kindern mit den unterschiedlichen Voraussetzungen Schule macht. Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen unterstützen. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer Entwicklung. Deshalb setzen wir uns auch nachdrücklich dafür ein, die Inklusion in Schulen zu fordern und zu fördern. Wir wollen ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Wir wollen eine Schule für alle.

### **Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen**

Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung. Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und sollen einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten. Investitionen des Schulträgers in die energetische Sanierung zahlen sich aus.

### **Qualitative Ganztagsangebote schaffen**

Wir GRÜNE wollen schrittweise alle Schulen zu echten Ganztagschulen entwickeln. Ganztagschulen in unserem Sinne sind mehr als die Verlängerung des Schulalltags in den Nachmittag oder bloße Halbtagschulen mit Mittagessen und Nachmittagsbetreuung. Wir setzen auf rhythmisierenden Unterricht mit fächer- und klassenübergreifenden Elementen aus Lernen, Sport und Kultur.

### **Breites Bildungsangebot vor Ort sichern**

Wir Grüne unterstützen den Schulentwicklungsplan des Kreises und stehen weiterhin hinter seiner Zielsetzung, ein breites möglichst wohnortnahes Angebot weiterführender Schulen zu erhalten. Integrierende Schulen, die möglichst allen Schülerinnen und Schülern höhere



Bildungsabschlüsse ermöglichen, stärken den Schulstandort. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze. Deshalb setzen wir uns besonders für den Erhalt auch kleiner Grundschulen ein und unterstützen die Einrichtung von integrierenden Gesamtschulen.

### **Gutes und schmackhaftes Essen kostengünstig anbieten**

Ein guter KiTa- und Schulalltag setzt gesundes Essen voraus. In KiTAs und Ganztagschulen soll den Kindern eine hochwertige, gentechnikfreie und warme Mahlzeit aus möglichst regional und biologisch erzeugten Nahrungsmitteln angeboten werden. Wir fordern die kommunalen Träger deshalb auf, die Beratungskompetenz in den Vernetzungsstellen Schulverpflegung zu nutzen.

### **Hand in Hand arbeiten**

Schulen, KiTas und andere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen zusammenarbeiten. Die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und Jugendhilfe soll verbessert und verstetigt werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen einzelner Schülerinnen und Schüler. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

### **Jugend braucht Ausbildung**

DIE GRÜNEN setzen sich für gerechte Startchancen ins Berufsleben für jeden Jugendlichen ein. Dabei brauchen Jugendliche mit Migrationshintergrund eine besondere und gezielte Förderung. Jedem Jugendlichen muss ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen! Die Kommunen und kommunalen Gesellschaften müssen als positive Beispiele voran gehen und zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten.

## **Hier geht's uns gut Die Kommune ist für Alle da!**

Sozialpolitik ist für GRÜNE ein Kernelement der Politik. Die Aufgabe einer kommunalen Sozialpolitik, wie wir GRÜNEN sie verstehen, besteht darin, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Wie der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung uns zeigt, sind immer mehr Alleinerziehende und somit auch Kinder von Armut betroffen oder bedroht. Ziel ist es, eine Ausgrenzung von Armen, Wohnungslosen, Migrantinnen und Migranten und anderen Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Wir wollen eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Eingliederung behinderter Menschen. Wir wollen eine so-

lidarische Kommune in der niemand zurückbleibt und alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Deshalb setzen wir uns für mehr Chancengerechtigkeit und ein starkes soziales Miteinander ein. Eine gerechte und soziale Stadt funktioniert erst dann, wenn sie auch für ihre schwächsten Mitglieder einsteht. Voraussetzungen hierfür sind bürgerschaftliches Engagement, Selbstverantwortung und Solidarität, ebenso wie eine funktionierende Verwaltung.

Das Netz der sozialen Sicherung kann nur durch Zusammenarbeit des Landkreises, der Städte und Gemeinden, der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und weiterer sozialen Organisationen funktionieren.

Wir setzen uns ein für

- Die lebensnahe und direkte Umsetzung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.
- Den Ausbau und/oder die Sicherstellung sozialer Beratungsangebote mit kurzen Wartezeiten und Wegen (Schuldner-, Erziehungs- und Lebensberatung)
- Fair bezahlte Arbeitsplätze im ländlichen Raum
- Sozialpässe für Bezieher von ALG II oder SGB XII Leistungen. Mit freien und oder verbilligten Eintritt in Bildungs- Freizeit- und Sportveranstaltungen
- Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln
- Anreize für die Schaffung von Mehrgenerationenhäuser im Rhein-Lahn-Kreis
- Anreize für die Schaffung von Alten-WG's im Rhein-Lahn als Alternative zu den bisherigen Altenheimen

Für diese Forderungen machen wir als GRÜNE uns stark, damit können Kommunen viel dazu beitragen, dass Armut nicht zwangsläufig bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

Auch sozialpolitische Themen wie Inklusion und Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose werden wichtige Punkte bei den Haushaltsberatungen sein. Uns GRÜNEN ist klar, dass der Bund die Kommunen versetzen muss, ihre Aufgaben vor Ort wahrnehmen zu können. Wir GRÜNE fordern, eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommune.

Wir Grüne wollen der Zukunft den Rücken stärken und die Jugend mit ihrer kulturellen Vielfalt auch in der Kommunalpolitik unterstützen. Ju-

Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Jugendzentren sollten möglichst selbst verwaltend eingerichtet werden und gehören in die Mitte der Kommune. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

## **Hier mitreden!**

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Wir Grüne nehmen Artikel 3 Abs. 2 unseres Grundgesetzes ernst. Wir übersetzen den Willen unserer Verfassungsväter- und Mütter in gelebte Wirklichkeit. Daher werden unsere Listen für die Kommunal- und die Europawahlen von Frauen angeführt und abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt. So sichern wir eine Mitsprache von Frauen in den politischen Gremien vor Ort und international. Grüne Frauen setzen sich für ihre Interessen ein und treiben ihre politischen Ziele selbst voran.

## **Hier Kultur erleben**

Der Rhein-Lahn Kreis verfügt über ein Vielzahl kultureller Höhepunkte. Vom Musikfestival bis zur Rheinburg, von der Loreley bis zum Limeskastell. Hier können Menschen jeden Alters Kultur erleben. Damit das so bleibt, benötigen die Kulturschaffenden, die ihre Initiativen mit Herzblut, vorantreiben die zuverlässige Unterstützung der örtlichen Politik. Wir Grüne setzen uns für eine Kulturförderung ein, die niederschweligen Angebote zuverlässig fördert und den Kulturakteuren so Planungssicherheit ermöglicht.

## **Hier wächst was Regionale Entwicklung, regionale Wirtschaft, Tourismus**

Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in den Agrarfabriken und durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucherinnen und Verbraucher, Händlerinnen und Händler sowie unsere Umwelt gleichermaßen gut.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt sich für beide Seiten aus. Die Nähe zu den Erzeugerinnen und Erzeugern bringt den Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel. Gleichzeitig erhalten die Erzeugerinnen und Erzeuger faire Preise und mehr Stabilität, Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für ihre Betriebe.

Regionalentwicklungskonzepte zeigen Stärken und Schwächen der Region auf, identifizieren Handlungsspielräume und Entwicklungspotentiale. Wir GRÜNE begrüßen deshalb das Kreisentwicklungskonzept des Rhein-Lahn-Kreises und sehen darin einen wichtigen Handlungsrahmen für die Zukunft .

Die kommunalen Verwaltungen können Regionalvermarktungsinitiativen durch die Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z. B. auf der Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln für interne und externe Veranstaltungen und Empfänge sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet werden.

Wir stehen für einen sanften und integrativen Tourismus, der Natur und Landschaft schont, und setzen uns für die Umsetzung der Energiewende vor Ort ein. Die Energiewende eröffnet große Chancen für das Handwerk und den Mittelstand und sichert die regionale Wertschöpfung.

## **Hier mitmachen Beteiligung und Engagement der Bürgerinnen und Bürger stärken**

Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: Lebendig und lebenswert. Unsere Partei ist aus Initiativen von Bürgerinnen und Bürger entstanden, für uns hat der Austausch mit Initiativen deshalb eine hohe Bedeutung . Demokratie lebt vom aktiven Einmischen – auch in den Kommunen. Kommunalpolitik muss dafür transparenter und beteiligungsorientierter sein. Jede und jeder muss die Möglichkeit haben sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität oder Herkunft. Dazu gehört, dass sich kommunale Vertreterinnen und Vertreter gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

## **Transparente Verwaltung**

Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist die wesentliche Voraussetzung eine umfangreiche Informationsgrundlage. Dafür muss Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein. Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen offen gelegt werden. Nur so lassen sich die Leistungen der Verwaltung von allen Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehen und bewerten und somit die Akzeptanz für Verwaltungshandeln steigern.

## **Ehrenamtliches Engagement unterstützen**

DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt, aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, den Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliche Engagement zu unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Ausbildung oder Beruf sowie Familie liegen. Um Bedarfe und Angebote besser koordinieren zu können, unterstützen wir die Einrichtung von Ehrenamtsbörsen.

## **Beteiligung von Anfang an**

Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem Kinder und Jugendliche ihre Belange vortragen können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen werden: Beschlüsse von Jugendparlamenten müssen Konsequenzen in den kommunalen Räten haben. Außerdem sollen Kinder- und Jugendliche in ihren Gremien über ein eigenes Budget verfügen können.

## **Hier ist Europa: Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen**

Wir sind der Meinung, dass das europäische Projekt zu einer Vielzahl von Errungenschaften unschätzbaren Werts beigetragen hat und daher unbedingt unserer weiteren tatkräftigen Unterstützung bedarf - bei aller Kritik an der Arbeitsweise der EU. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende Aufklärung vor Ort immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des zusammenwachsenden Europas hinzuweisen, denn viele lokale umwelt- und verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von FFH-Gebieten, die verbindliche Aufstellung von Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

Andererseits werden viele Errungenschaften in der lokalen Daseinsvorsorge bedroht, wenn auf europäischer Ebene reine Liberalisierungsstrategien verfolgt werden, weil im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission die falschen politischen Mehrheiten entscheiden. Deshalb brauchen wir für unsere kommunalen Ziele vor unserer Haustür auch eine andere Mehrheit im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission.

### **Für den European Energy Award bewerben**

Die Energiewende muss vor Ort in unseren Kommunen stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürgerinnen und Bürger genauso gefragt, wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der Grundlage des Schweizer Programms "Energienstadt" entwickelt. Tragende Säulen sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien in der Kommune.

### **Kooperationen und Vernetzungen aufbauen**

Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNE neue Kooperationen und Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

## **Hier rechnet es sich: Solide Finanzen für mehr Gestaltungsfreiheit!**

Viele Kommunen im Rhein-Lahn-Kreis sind stark verschuldet und haben nach wie vor unausgeglichene Haushalte. Diese finanzielle Schieflage schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen stark ein. Die rot-grüne Landesregierung den Kommunen mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs rund 500 Mio. zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kommunen müssen aber auch eigene Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Einnahmesituation und zur Reduktion ihrer Ausgaben ergreifen. Unser Konzept einer nachhaltigen Haushaltspolitik umfasst Effizienzsteigerungen, Einsparungen und Einnahmeerhöhungen. Bei den Einsparungsbemühungen über den Entschuldungsfonds wollen wir dafür Sorge tragen, dass Leistungen gerade im sozialen Bereich trotzdem erhalten bleiben.

### **Ausgaben reduzieren, Effizienz durch Kooperativen steigern**

Auf allen kommunalen Ebenen kann die Anwendung des Lebenszyklusansatzes bei Investitionen und der Verzicht auf Großprojekte sowie die Vermeidung von Risiken dazu beitragen, Kostenexplosionen zu unterbinden. Effizienzsteigerungen in der Verwaltung, auch im Zusammenhang mit der Kommunal- und Verwaltungsreform, sowie interkommunale Zusammenarbeit und Kooperationen führen durch Synergieeffekte zu geringeren Ausgaben. Auch kommunale Gesellschaften und kommunale Beteiligungen wollen wir in die Verantwortung für konsolidierte Haushalte nehmen: Wir wollen hier, wenn es wirtschaftlich vertretbar ist, Ausschüttungen an die kommunalen Haushalte vornehmen.

### **Offene Haushalte entwickeln, kommunale Wirtschaft transparent machen**

Durch die Einführung von Bürgerhaushalten entsteht Haushaltstransparenz. Dort wo Bürgerhaushalte noch nicht umgesetzt werden können wollen wir den Ansatz der „offenen Haushalte“ entwickeln: Mit Information und besserer Darstellung wollen wir die kommunalen Haushalte für Bürgerinnen und Bürger anschaulicher und verständlich gestalten.

Bei allen geplanten Ausgaben muss zukünftig der demografische Faktor eine entscheidende Rolle spielen. Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, in dem wir die Ausgaben im Sinne des Gender Budgeting danach überprüfen, wem sie vor allem zu Gute kommen.